Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8148**

14. Wahlperiode 30. 01. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Dietmar Staffelt, Dr. Axel Berg, Rolf Hempelmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Werner Schulz (Leipzig), Andrea Fischer (Berlin), Michaele Hustedt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/7808 –

Für eine stetige, verlässliche und beschäftigungsfördernde Wachstumspolitik – kein konjunkturpolitischer Aktionismus

A. Problem

Fortführung einer reformorientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Wachstum, Beschäftigung, Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, Bildung, Qualifikation und Gerechtigkeit mit Solidarität verbindet.

B. Lösung

Annahme des Antrages der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Mehrheitliche Annahme des Antrages mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/7808 – anzunehmen.

Berlin, den 23. Januar 2002

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Dr. Heinz Riesenhuber	**Matthias Wissmann**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Matthias Wissmann

I.

Der Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/7808 – wurde in der 208. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Dezember 2001 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II.

Die Antragsteller weisen darauf hin, dass die wirtschafts- und finanzpolitischen Reformen der Bundesregierung die Wachstumsbedingungen der deutschen Wirtschaft erheblich verbessert hätten. Jedoch habe eine Reihe externer Faktoren in 2001 zu einer deutlichen wirtschaftlichen Abschwächung geführt. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, an ihrer Politik der Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für einen dauerhaften Wachstumspfad festzuhalten. Die Antragsteller erläutern in einem umfangreichen Maßnahmenkatalog, welche konkreten Schritte für eine Minderung der gegenwärtigen Wachstumsschwäche nach ihrer Auffassung erforderlich sind.

III.

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage in seiner 112. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und PDS beschlossen, den Antrag anzunehmen.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 120. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und PDS beschlossen, den Antrag anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 96. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und PDS beschlossen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die Vorlage in seiner 114. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und PDS beschlossen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage in seiner 121. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage in seiner 74. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 74. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und PDS beschlossen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat die Vorlage in seiner 74. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und PDS beschlossen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 58. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und PDS beschlossen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 86. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und PDS beschlossen, den Antrag anzunehmen.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten.

Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und PDS, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages – Drucksache 14/7808 – zu empfehlen.

Berlin, den 23. Januar 2002

Matthias Wissmann
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333